

AMTLICHE VERLAUTBARUNG DER KLEINEN ENTENTE VOM 30. AUGUST 1935

Die am 29. und 30. August 1935 in Bled anlässlich der Tagung des Ständigen Rates der Staaten der Kleinen Entente unter dem Vorsitz des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch versammelten drei Außenminister Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens nehmen nach eingehender Prüfung der allgemeinen Lage und nach Austausch ihrer diesbezüglichen Ansichten den folgenden gemeinsamen Standpunkt ein:

1. Mit Rücksicht auf die Gefahr der Stunde und auf die Möglichkeit etwaiger Streitfälle in naher Zukunft bekräftigen sie von neuem und feierlich die Gleichheit ihrer Ansichten und ihre unbedingte und vollständige Solidarität in allen außenpolitischen Fragen, wie sie sich aus ihrer politischen und in der Praxis bewährten Gemeinschaft ergibt, die auf den Statuten des Ständigen Rates der Kleinen Entente beruht. Diese Gleichheit und Solidarität kann angesichts der bestehenden Schwierigkeiten nur wachsen. Der feste Wille und die Pflicht, die politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen unserer drei Staaten zu verteidigen, bleiben so unerschütterlich wie nur je.

2. Die Staaten der Kleinen Entente sind dem Frieden tief ergeben und stellen ihr ganzes Streben und ihre ganze Kraft in seinen Dienst. Für das einzige Instrument dieser Politik halten sie nach wie vor die Einrichtung des Völkerbundes, dem sie treu bleiben, was auch in Zukunft geschehen mag.

3. Die drei Regierungen sind überzeugt, daß die Schwierigkeiten der heutigen Lage erheblich verringert werden können und daß der allgemeine Friede besonders in Europa erhalten und gefestigt werden kann, wenn die in letzter Zeit gemachten Anstrengungen, einen Ostpakt und einen Donaupakt abzuschließen, sobald wie möglich zum Erfolg führen.

In Bezug auf den Ostpakt, der einzig und allein die Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Osteuropa für die nächsten Jahre bezweckt, stimmen sie mit den kürzlich von dem Pariser und dem Londoner Kabinett gemachten Vorschlägen überein und werden ihre diesbezüglichen Verhandlungen mit den interessierten Regierungen fortsetzen, um mit ihnen zu einer gemeinsamen Verständigung oder zu jeder anderen Vereinbarung zu kommen, die die Sicherheit ihrer Länder zu gewährleisten vermag.

Die Idee des Donaupaktes, dessen Aufgabe es ist, durch gegenseitige Achtung vor dem innerpolitischen Regime der vertragschließenden Staaten ihre territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit zu gewährleisten, bleibt Gegenstand ihrer sorgfältigsten Prüfung. Sie stimmen mit den Regierungen von Paris und Rom über die Notwendigkeit eines solchen Paktabchlusses überein. Sie halten ihn für die Grundlage einer friedlichen, aufrichtigen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Kleinen Entente einerseits sowie Österreich und Ungarn andererseits. Sie sehen in ihm auch die beste Garantie für freundschaftliche und friedliche Beziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente, Italien und Deutschland. Sie erklären daher ihre Bereitwilligkeit, unter Wahrung ihrer nationalen Interessen, an der erfolgreichen Beendigung der gegenwärtigen Verhandlungen in loyaler Weise mitzuwirken.

4. Was die sogenannte Frage der Gleichberechtigung in Rüstungsangelegenheiten betrifft, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in Verbindung mit der Frage des Donaupaktes aufgetaucht ist, so beharren die Regierungen der Staaten der Kleinen Entente auf dem

übrigens auch von den drei westlichen Großmächten England, Frankreich und Italien gebilligten Standpunkt, nach dem diese Frage nur unter der Voraussetzung einer entsprechenden Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit geregelt werden kann. Diese Erhöhung ihrer Sicherheit ist nur in einer greifbaren und wirksamen Form denkbar.

5. Die drei Regierungen der Staaten der Kleinen Entente halten es im Hinblick auf verschiedene, im Zusammenhang mit der Familie der Habsburger verbreitete Nachrichten für angebracht, ihren unabänderlichen Standpunkt in der Frage der ehemaligen Dynastie der österreichisch-ungarischen Monarchie ein für allemal klarzumachen. Der bekannte Standpunkt der Regierungen unserer drei Staaten in der Habsburger Frage, der schon in den vergangenen Jahren mehrfach gemeinsam oder einzeln betont wurde, hat und wird keine Änderung erfahren.

Die Staaten der Kleinen Entente wünschen zunächst in aller Form klarzustellen, daß sie das innere Regime der anderen Staaten in jeder Hinsicht respektieren und in keiner Weise beabsichtigen, sich in die inneren Angelegenheiten ihrer Nachbarn einzumischen. Sie haben daher durchaus nicht die Absicht, sich über das monarchische Regime in den anderen Staaten zu äußern, da sie diese Frage für eine innerpolitische Angelegenheit der betreffenden Staaten halten.

Dagegen kann kein Staat der Kleinen Entente die Frage der früheren Habsburger Dynastie angesichts der Vorkriegslage in Mittel- und Südosteuropa, angesichts der früheren und jetzigen Aspirationen dieser Familie und angesichts der erheblichen internationalen Folgen, die eine etwaige Inthronisierung dieser ehemaligen Dynastie in einem beliebigen mitteleuropäischen Staat unvermeidlich haben würde, für eine Frage, die ihn nichts angeht, oder für eine innerpolitische Angelegenheit eines beliebigen europäischen Staates halten.

Die drei Staaten der Kleinen Entente können daher in einer Restauration der Habsburger keine innerpolitische Angelegenheit erblicken; denn sie berührt ihre Lebensinteressen und den europäischen Frieden. Verbirgt sich doch unter den Restaurationsversuchen der Habsburger eine Bedrohung ihres nationalen Besitzes, ihrer territorialen Unversehrtheit und ihres innerpolitischen Regimes.

Im übrigen sind die Regierungen der Staaten der Kleinen Entente frei von jeder Voreingenommenheit. Sie hegen keinerlei Gefühl der Feindschaft gegen andere Staaten und Nationen Mitteleuropas, mit denen sie in Freundschaft und friedlicher Zusammenarbeit leben wollen. Sie stellen nur eine politische Tatsache fest, deren sich die Völker unserer drei Staaten tief bewußt sind.

Angesichts dieser Tatsache würde eine Restauration der Habsburger alle Aussichten auf eine künftige Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen Habsburger Monarchie endgültig zerstören. Deshalb sind und bleiben die Staaten der Kleinen Entente ausgesprochene Gegner dieser Restauration sowie aller Maßnahmen zu ihrer Vorbereitung und widersetzen sich ihr mit allen ihren Kräften. Sie sind überzeugt davon, daß diese Sachlage ein gutes Einvernehmen mit ihren Nachbarn in keiner Weise auszuschließen braucht, und wünschen offen, sich mit ihnen hierüber und über die im Donaubecken gemeinsam einzuschlagende Politik zu verständigen, um ein gutes politisches und wirtschaftliches Einvernehmen herzustellen und die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit jedes Staates zu erhalten.

6. Der Ständige Rat der Kleinen Entente hat schließlich alle auf der Tagesordnung des Völkerbundesrates und der Bundesversammlung stehenden Fragen eingehend geprüft. Er hat beschlossen, die Entwicklung dieser Fragen auf das Sorgfältigste zu verfolgen und während der Genfer Bundesversammlung zusammenzutreten, sobald es die Lage erfordert. Die vorläufige Prüfung der fraglichen Probleme hat eine vollständige Gleichheit der Ansichten der drei Regierungen ergeben sowohl über das Grundsätzliche wie über das in den etwaigen Genfer Aussprachen einzuschlagende Verfahren.

Die drei Außenminister werden während der nächsten Wochen und Monate in ständigem und engem persönlichen Kontakt bleiben.

[Quelle: Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik 2 (1935), H.15, S.8-10.]